

Quelle print: Die Tabelle ist abgedruckt in: Dagmar Aigner, Wahlen auf Landes- und Kommunalebene, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Von Wahl zu Wahl (= Informationen zur Politischen Bildung Band 21), Innsbruck/Wien/München/Bozen 2004, 56.

Wählen mit 16 – Argumente dafür und dagegen

Argumente für die Wahlaltersenkung	Argumente gegen die Wahlaltersenkung
Das Wahlalter ist nichts Unveränderbares. Die Auffassung darüber, ab wann Personen wahlberechtigt sein sollen, unterliegt Schwankungen und Veränderungsprozessen. Eine Absenkung wäre zeitgemäß und würde den derzeitigen Gegebenheiten entsprechen.	Mangelnde Reife: Jugendliche verfügen nicht über jenes Ausmaß an Einsichtigkeit und Verantwortungsbewusstsein, das die Wahlaltersenkung rechtfertigen würde.
Die Wahlaltersenkung könnte den Anerkennungsgrad der staatlichen Institutionen unter Jugendlichen heben, da diese dann auch durch Jugendliche gestaltet werden könnten.	Jugendliche sind einfach manipulierbar. Leitpersonen, Vorbilder, Idole können Jugendliche politisch und in ihrem Wahlverhalten beeinflussen.
Jugendliche sind in hohem Ausmaß politisch engagiert. Dieses Engagement und Interesse kann sich zur Zeit nur auf NGO Ebene bzw. außerparlamentarisch äußern.	Jugendliche verfügen aufgrund ihres geringen Alters noch nicht über politische Kompetenz. Sie haben sich noch wenig mit Parteiprogrammen und dem politischen System vertraut gemacht. Es mangelt ihnen am politischen Basiswissen.
Interessen von Jugendlichen werden verstärkt wahrgenommen werden, wenn diese wahlberechtigt sind. Das Jugendwahlrecht würde die Politik dazu „zwingen“, Mut für Zukunftsentscheidungen zu entwickeln.	Jugendlichen soll die Unbeschwertheit der Jugend und Kindheit nicht geraubt werden. Sie selbst erachten sich nicht für reif genug und wollen nicht wahlberechtigt sein.
Da politische Entscheidungen meist irreversibel sind, tragen heutige Jugendliche als Erwachsene Konsequenzen jener Entscheidungen, an denen sie nicht teilhaben konnten. Dies widerspricht dem Grundgedanken von Demokratie, der verlangt, dass jene, die von Regelungen betroffen sind, diese auch mitbestimmen können müssen.	Jugendliche interessieren sich nicht für Politik. Die Senkung des Wahlrechts würde somit der Absenkung der Wahlbeteiligung Tür und Tor öffnen und damit die Legitimation von Wahlen untergraben.
Die Vorenthaltung des Wahlrechts entspricht nicht dem Sinne der UN-Kinderrechtskonvention 1992.	Jugendliche sind unausgeglichen und neigen zu Extrempositionen. Die Wahlaltersenkung würde daher Parteien am links- und rechts-extremen Rand stärken und zu einer Radikalisierung des politischen Systems führen.